

Rede zum Haushalt 2016 der Republikaner im Rat der Stadt

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Zuhörer,

1. Gesamtlage

Das Jahr neigt sich dem Ende entgegen und die Haushaltssituation bietet nicht viel Anlass zur Freude. Auf der einen Seite werden Einnahmen i.H.v. 2,569 Milliarden Euro erwartet. 1,49 Milliarden Euro bilden dabei Steuereinnahmen, wovon der überwiegende Teil (903 Millionen Euro) Gewerbesteuer sind, sowie 330 Millionen Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und Grundsteuer i.H.v. 142 Millionen Euro die erwartet werden. Jetzt liegt die Gewerbesteuer bei 874 Millionen und woher die Zunahme kommen soll ist nicht ersichtlich. Bereits im Jahr 2014 gingen Prognose und Wirklichkeit verschiedene Wege, denn eingetreten waren 837 Millionen Euro, statt der erwünschten 896 Millionen Euro.

Auf der anderen Seite umfasst der Finanzplan rund 2,62 Milliarden Euro Ausgaben. Bisher nicht mit eingerechnet ist das Bäderkonzept, welches durch weitere Grundstücksverkäufe von 65 Millionen Euro finanziert werden soll.

An zahlreichen Stellen klaffen Erwartungen und tatsächlich eintretende Zahlen auseinander. Die Gewerbesteuer ging zurück und 26,5 Millionen Euro waren als Ausschüttung der Stadtparkasse eingeplant und es ist fraglich, ob das Geld je an die Stadt ausgezahlt wird. Weitere 6,5 Millionen Euro sollen von der Messegesellschaft kommen, durch Erhöhung der Parkgebühren 4,7 Millionen Euro, Erhöhung der Vergnügungssteuer 3,3 Millionen Euro, sowie Erhebung einer Steuer für Wettbüros ca. 400.000 Euro und eine neue Gebührenbedarfsberechnung für den Rettungsdienst 3,6 Millionen.

Der Haushaltsentwurf für 2016 sieht ein Defizit von 35,3 Millionen Euro vor. Das Minus kann nur durch einen erneuten Griff in die Rücklage ausgeglichen werden. Die Guthaben der Stadt haben sich in den vergangenen Jahren stetig reduziert und rauschen gegen Null. Es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die Anzeigetafel der vermeintlichen Schuldenfreiheit am Rathauseingang versteigert wird und mit dem Erlös dann kleine Haushaltslöcher gestopft werden. Es bleibt dabei nur zu hoffen, dass der Stadtrat diese vorher nicht wieder erst verschrotten will, um dann die Reste zu verkaufen, so wie es beim Pavillon "versehentlich" geschehen ist.

Unsicherheiten und Hoffnungen bestimmen erneut den Haushaltsplan. So sollen die entfallenden 8 Millionen Euro, die als wieder eingeführte Kita-Gebühren schon eingeplant waren, durch die Abschaffung des Betreuungsgeldes ausgeglichen werden, falls das Land das Geld an die Kommune überweisen sollte.

Begründet wird die wirtschaftliche Schieflage gerne mit den besonderen Herausforderungen, die zur stärkeren Belastung des Haushaltes führen. Dazu gehört neben der Umsetzung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung von Beamten i.H.v. 34 Millionen und der Sanierung des Schauspielhauses, sicherlich die verfehlte Unterbringungs- und Versorgungspolitik von Asylanten und Flüchtlinge und die damit stetig verbundene Aufstockung der Mittel. Alleine die Aufwendungen für die Unterbringung werden mit über 41 Millionen Euro für 2015 beziffert und sind mit 59 Millionen für 2016 angesetzt. Diese Problematik schlägt auf viele weitere Bereiche durch und sorgt für erhebliche Mehrkosten.

Wohl wissend um die Herausforderungen des Jahres 2015 setzte die Ampel im Bereich der Asyl- und Flüchtlingsunterbringung und Versorgung eine Zahlensumme an, die selbst einen interessierten unpolitischen Bürger zumindest fragwürdig vorkommen musste. Hätte man vor einem Jahr etwas über den Tellerrand geblickt, dann wäre diese Masseneinwanderung nicht überraschend gewesen und damit auch die deutliche Steigerung der Mehrausgaben.

Ebenso wirken sich steigende Transferaufwendungen negativ aus, die im nächsten Jahr erstmals die Milliardengrenze überschreiten werden. Dazu zählen auch die Kosten für den Bereich Kinder/Jugend und Familienhilfe, die mit 433 Millionen Euro auf Rekordkurs sind.

Natürlich sind nicht immer alle Einflüsse vorhersehbar, aber gewisse Dinge sind derart deutlich erkennbar, dass die Leugnung der Entwicklung schon erheblicher Naivität bedarf oder vielleicht doch als Ausrede für Fehlplanungen dienen.

Düsseldorf soll weiterhin schuldenfrei bleiben, zumindest der Kernhaushalt, damit diese wirtschaftliche Schuldenfreiheit den Bürgerinnen und Bürgern von der jeweiligen Stadtregierung wahlwirksam vorgehalten werden kann. Es wurde mehr Transparenz in Aussicht gestellt, die in städtischen Tochtergesellschaften verschwand und große Veränderungen angekündigt, nach denen heute noch gesucht werden darf.

2009 war Düsseldorf wirtschaftlich schuldenfrei und verfügte zusammen mit der Holding über eine Liquidität von über 622 Millionen Euro. Abzüglich der Verpflichtungen der Kommunalbetriebe belief sich die Summe immerhin noch auf 242 Millionen Euro. Im Laufe der letzten Jahre verschlechterte sich die Situation stetig und inzwischen sind die Rücklagen nahezu verbraucht. Die aktuelle Situation ist allen Anwesenden bekannt.

Blicken wir auf die Herausforderungen und stellen wir fest, dass sich diese auf den ersten Blick nicht grundlegend zum aktuellen Jahr verändern werden. Zukünftig kann mit einer weiteren Steigerung der Einwohnerzahlen gerechnet werden, denn Düsseldorf ist bereits in den vergangenen Jahren für viele junge Menschen und Familien zur neuen Heimatstadt erklärt worden und der Trend hält weiter an. Diese Bevölkerungszunahme zwingt deshalb endlich zu verantwortlichem Handeln.

Es werden mehr denn je Kitaplätze benötigt, neue Schulen und die Sanierung und Modernisierung des Bestandes. Ausbau und Modernisierung sind notwendig, jedoch nicht auf Kredit. Das Modell öffentlich-privater Partnerschaft wie beim Ballett- und Opernhaus wäre ein guter Weg und wurde vom früheren Kämmerer bereits empfohlen. Dieses Vorgehen wäre auch auf Schulbauten übertragbar und würde meine Unterstützung finden.

Etwa 1500 Kitaplätze fehlen derzeit, wobei diese Lücke bis Ende 2016 durch Neubau von Einrichtungen reduziert werden soll. Das bedeutet trotzdem, obwohl die Nachwuchsentwicklung natürlich erfreulich ist, dass ca. 500 Kinder unter drei Jahren keinen Kitaplatz haben oder bei einer Tagesmutter unterkommen.

Ähnlich sieht es im Bereich der Schulen aus. Der Düsseldorf Schulalltag ist geprägt von immer wiederkehrenden Problemen: Fehlende Lehrer und Klassenräume, Klassengrößen von 30 und noch mehr Schülern, unzureichende technische Ausstattung und wegen des fehlenden Personals gibt es Probleme bei der Umsetzung der Inklusion. Unterrichtsausfall ist keine Seltenheit und eine Unterstützung des Landes ist nicht erkennbar.

Die durchschnittlichen Klassengrößen liegen bereits jetzt, unabhängig der jeweiligen Schulform, mit 20% bis 32% deutlich über dem Landesschnitt und den nordrhein-westfälischen Richtwerten. Bis 2020/21 werden mindestens 6500 zusätzliche Schüler erwartet, wobei eine fortdauernde Massenzuwanderung zu einer deutlichen Verschärfung der Situation führen wird. Alleine im August befanden sich in Düsseldorf bereits fast 1500 schulpflichtige Flüchtlingskinder, deren Zahl inzwischen deutlich über 2000 liegen dürfte.

Deshalb kann gar nicht genug in diesem Bereich investiert werden und Ausgaben, wie sie im Rahmen des Masterplan Schulen i.H.v. 32,1 Millionen Euro erfolgen sollen, sind richtig, aber werden nicht genügen, um die Notwendigkeiten ausreichend zu bedienen.

2. Wohnraum

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bezahlbarer Wohnraum war und ist in der Landeshauptstadt als echte Rarität zu bezeichnen. In Düsseldorf fehlen rund 10.000 Wohnungen und der Bedarf steigt stetig. Alleine für die heimische Bevölkerung müssten jährlich mindestens 3.800 zusätzliche Wohnungen gebaut werden, ohne Berücksichtigung hoher Zuwanderungszahlen. Bezieht man diese mit ein, dann steigt die Summe auf gut 6.900 jährlich an. Das geht aus einer aktuellen Wohnungsmarkt-Analyse des Pestel-Instituts hervor.

Im Schnitt wurden in den vergangenen Jahren in Düsseldorf allerdings lediglich rund 1.600 Wohnungen pro Jahr fertiggestellt, weshalb die Wohnraumsituation sich weiter verschärft. Um eine noch dramatischere Wohnungskrise zu verhindern, müssten ab dem kommenden Jahr 4,3-mal so viele Wohnungen wie bislang jährlich überhaupt neu gebaut werden.

Alle Prognosen lassen die künftigen Einwohnerzahlen weiter ansteigen und zum 31.12.14 erreichte die Landeshauptstadt mit über 603.210 Einwohnern eine neue Höchstmarke. Deshalb ist es erforderlich, diesen Wohnraumbedarf durch mehr Neubauten und Sanierung von Leerständen, wie auch der Umwandlung von Gewerberaum in Wohnraum, entgegenzuwirken.

Dabei kommt erschwerend hinzu, dass bezahlbare Wohnungen fehlen und die bisherigen Planungen eher in Richtung höherklassiger Preissegmente ging. Sozialer Wohnungsbau muss in größerem Umfang vorangetrieben werden, damit sich besonders einkommensschwache Haushalte, Rentner, Alleinerziehende, junge Auszubildende und Studenten, ein Leben in der Landeshauptstadt noch leisten können.

Alleine in den letzten 15 Jahren verringerte sich der Anteil an öffentlich gefördertem Wohnraum, da immer mehr Wohnungen keine Sozialbindung mehr haben und der Bestand sich deshalb über 35.000 auf gerade einmal 17.000 halbierte. In den kommenden Jahren laufen weitere Sozialbindungen aus, wodurch sich der Gesamtbestand nochmals reduziert.

Wie notwendig ein Entgegenwirken ist zeigt sich bereits daran, dass mehr als 50 Prozent der Düsseldorfer Haushalte inzwischen einen Wohnberechtigungsschein beanspruchen könnten.

Auch andere Hilfen von Bund und Land werden diese Situation nicht verändern. So hat der Bund für die Länder bis zum Jahr 2020 rund 500 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt. Bundesweit reichen diese Gelder für ca. 10.000 Wohnungen und sorgen in Düsseldorf für keine spürbare Veränderung.

In das Umfeld des Menschen gehören weiterhin Tiere und auch ihre Zahl steigt in Düsseldorf an. Quer durch alle Altersschichten sind besonders Hunde beliebt, was sich an der Zahl von rund 20.000 deutlich zeigt. Statistisch betrachtet hat damit jeder dreißigste Düsseldorfer einen Hund, weshalb ich es sehr positiv finde, dass zusätzlich zu den bestehenden 30 Auslaufplätzen für Hunde in Grünanlagen von der Stadt 6 weitere Hundefreilaufflächen geschaffen wurden. Ein richtiger und wichtiger Schritt, der einer Tierhaltung eine angemessenere Berücksichtigung verleiht und hoffentlich weiter fortgesetzt wird.

3. Innere Sicherheit

Die Kriminalitätslage ist weiterhin erschreckend und damit ist nicht nur die gefühlte Kriminalität gemeint. Immer mehr Menschen sorgen sich berechtigt um ihre Sicherheit und Düsseldorf hat sich in den vergangenen Jahren einen Namen als Hochburg der Wohnungseinbrüche gemacht. Alleine im ersten Halbjahr 2015 erfolgte eine Steigerung der Wohnungseinbrüche um fast 48 Prozent und die Aufklärungsquote sank um 0,7 Prozent. Für das Gesamtjahr 2015 droht einer Prognose der Polizei zufolge eine dramatische Zunahme, wonach seit 18 Jahren die Zahl der Einbrüche nicht mehr so hoch war wie 2015.

Zur Lebensqualität gehört ein ausgewogenes Sicherheitsgefühl und genau dieses ist bei vielen Bürgern nicht mehr vorhanden. Natürlich hat die Stadt auf den Plan der Belastungsbezogenen Kräfteverteilung (BKV) keinen unmittelbaren Einfluss, aber zumindest mittelbar kann dazu beigetragen werden, dass ein starkes Ordnungsamt die Polizei durch die weitere Übernahme von übertragbaren Aufgaben bei der uferlosen Bewältigung der Bagatelldelikten entlastet. Sicherheit ist kein disponibles Gut und die Entwicklung bei Wohnungseinbrüchen und Straßenkriminalität, aber auch die islamistischer Terrorgefahr, machen dieses Vorgehen notwendig.

4. Gewerbesteuer / Wettbewerbsfähigkeit

Wenden wir uns wieder der wirtschaftlichen Seite zu. In den letzten 10 Jahren verzeichnet Düsseldorf einen Anstieg von über 13 Prozent bei sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. Auch die Übernachtungszahlen zeigen, dass mit einer Steigerung von 77 Prozent Düsseldorf immer noch für viele Menschen eine Reise wert ist. Noch schlechter sieht es bei den höchst relevanten Steuereinnahmen aus. Diese stiegen in der Gesamtbetrachtung um 10,4 Prozent an.

Im Städtevergleich relativiert sich diese Zahl jedoch schnell. So verzeichneten sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse eine Steigerung von 16,4 Prozent in Köln, München 16,9, Frankfurt 20,8, Hamburg 21,7, und Berlin 22,6. Auch die Übernachtungszahlen fielen mit 86 % in Frankfurt, 102 % in Hamburg und 116,4 % in Berlin deutlich höher aus. Ähnlich gestaltet sich die Entwicklung der Gewerbesteuer.

In Hamburg stieg das brutto Gewerbesteuereinkommen um 49,9, in Frankfurt um 59,1, in München um 95 und in Berlin sogar um 97 % an.

Natürlich liegen unterschiedliche regionale Bedingungen vor, die zu stärkeren Ausschlägen in einer solchen Bewertung führen, aber der Trend ist deutlich und es muss jetzt entgegengewirkt werden.

Die benachbarte Konkurrenz schläft nicht und selbst wenn es kleinere Kommunen sind, so werben diese auch verstärkt um Düsseldorfer Unternehmen. So hat Monheim bereits heute den niedrigsten Hebesatz in ganz NRW und plant eine weitere Senkung um 20 Punkte, auf 265. Als 2012 die Stadt Monheim die Gewerbesteuer in einer ersten Stufe von 435 auf 300 Punkte reduzierte entschieden sich zahlreiche Unternehmen aus dem In- und Ausland für die Stadt und das Interesse weiterer Unternehmen ist groß. Dies führt zu einem Wirtschaftsstandort mit hoher Dynamik, was sich auch deutlich auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt hat. Alleine in zwei Jahren konnte die kleine Stadt über 1700 neue Arbeitsplätze schaffen, ist seit 2013 schuldenfrei und bildet hohe Rücklagen. Eine ähnliche Entwicklung deutet sich in Langenfeld an. Diese Umlandentwicklungen wirken sich natürlich ebenfalls auf die Situation in Düsseldorf aus.

Düsseldorf muss deshalb wieder interessanter werden. Dies gelingt durch Wirtschaftsförderung und der Entbürokratisierung. Im Bereichen Energie- und Finanzwirtschaft, aber auch bei der Telekommunikation wurde der Strukturwandel verschlafen und traf die Stadt. Wer investieren will, der braucht und erwartet schnelle Entscheidungen und dazu gehören z.B. die zügige Vergabe von Baugenehmigungen, aber auch umfangreichere regionale Kooperationen. Es muss ein gutes Werbekonzept die Vorteile unserer Stadt in den Vordergrund stellen und den Unternehmen die Sinnhaftigkeit einer Ansiedlung in Düsseldorf veranschaulichen.

5. Einsparungen/Möglichkeiten

Unabhängig davon, ob die jeweiligen Mittelzuteilung im Haushalt sinnvoll oder angemessen sind, ließe sich doch zumindest ein erneuter Griff in die Rücklagen verhindern.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie eine Firma führen würden, dann läge Ihnen die Forderungseintreibung am Herzen. Warum ist das dann nicht auch bei städtischen Geldern so?

Auf rund 34 Millionen Euro belaufen sich derzeit nämlich die Außenstände der Stadt. 28,7 Millionen Euro fehlende Steuereinnahmen in der wichtigsten Einnahmequelle (Gewerbe, Grund, Vergnügungs- und Hundesteuer und anteilmäßige Einkommenssteuer) bildet den Großteil der Außenbestände. 1,3 Millionen stehen aus Kita-Gebühren offen, sowie aus Bußgeldern 3,7 Millionen, wobei sich der Trend der vergangenen Jahre weiter vorsetzt und keine Verbesserung der Zahlungsbereitschaft erkennbar ist. Die Zahlungsmoral und damit das schnellere Eintreiben der offenen Summen ließe sich aber durch einfache Maßnahmen vorantreiben, wie die Anbringung von Wegfahrsperrern an die Autoreifen der säumigen Zahler. Viele Kommunen setzen dieses Druckmittel schon länger erfolgreich ein und es würde neben den Standardmaßnahmen von beauftragten Vollziehungsbeamten, Konto und Gehaltspfändungen zur Verfügung stehen.

- Personalkosten in der Landeshauptstadt

Düsseldorf hat eine überaus gute Verwaltung mit vielen engagierten und qualifizierten Mitarbeitern. Bei den Personalkosten liegt Düsseldorf jedoch fortdauernd deutlich über dem Landesdurchschnitt, obwohl nicht einmal alle Stellen besetzt sind. Jeder Einwohner trägt umgerechnet Kosten in Höhe von 888 Euro. Im NRW-Vergleich sind die Kosten in Düsseldorf um ein Viertel höher, denn landesweit liegt der Durchschnitt gerade einmal bei 711 Euro.

Die jährlichen Personalausgaben haben sich in den vergangenen Jahren fast durchweg erhöht und beliefen sich 2014 auf rund 528 Millionen Euro, 2015 auf 505 Millionen und 2016 darf mit 527 Millionen Euro gerechnet werden. Unter Berücksichtigung der Versorgungsaufwendungen steigt der Gesamtbetrag sogar noch auf 579 Millionen Euro an.

Die Lösung - so war es in den Medien zu vernehmen - soll jetzt im demografischen Wandel liegen und in dem ab 2025 überproportional hohen Anteil von Ruheständlern. Voraussetzung ist aber, dass ein Großteil der Stellen dann nicht neu ausgeschrieben werden und damit muss jetzt begonnen werden und nicht erst in 10 Jahren. Umstrukturierung, Personalreduzierung, weniger Auszubildende und verstärkt keine Besetzungen von freiwerdenden Stellen sind einige harte Konsequenzen, damit der Kostenberg abgeebnet wird, aber sie sind unvermeidbar, wenn es darum geht, endlich eine Normalisierung herbeizuführen. Dabei muss aber mit Augenmaß vorgegangen werden, denn die Stadt wächst und ein radikaler Schnitt könnte zu personellen Engpässen führen, denn qualifiziertes Personal fällt auch in Düsseldorf nicht vom Himmel. Deshalb sind hier Veränderungen unter Berücksichtigung der Entwicklung und des zukünftigen Bedarfs vorzunehmen.

- versteckte Doppelbezuschussung von Sozialverbänden

Wie auch im vergangenen Jahr moniere ich die anhaltende Doppelbezuschussung von Sozialverbänden. Diese sind ausreichend im Sozialetat berücksichtigt worden und inzwischen ist es fast eine Art parlamentarische Übung, immer wieder neue Zuschussungen zu fordern und diese zu bewilligen, seien sie noch so gering. Das muss ein Ende haben und auch in der Summe der kleinen Beträge lassen sich Gelder einsparen.

- Falsche Kürzungen bei Kunst/Kultur

Unsere Stadt ist breit aufgestellt und bietet Düsseldorfern und Touristen vielfältige Unterhaltungsmöglichkeiten. Kunstakademie, Museum für Europäische Gartenkunst, Heine und Kom(m)ödchen, um nur einiges Angebote zu nennen, sind über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt und sorgen für eine Steigerung der städtischen Besucherzahlen .

Die finanziellen Mittel für die Kultur in der Stadt werden in einigen Bereichen gekürzt und das ist aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtlage verständlich. Die Kürzung soll den Etat um rund 3,4 % reduzieren. Betroffen sind u.a. der Kunstpalast, obwohl gerade dort in den letzten Jahren erhebliche Kosten eingespart wurden. Weitere Kürzungen stehen u.a. bei der Blackbox an, obwohl diese im vergangenen Jahr noch 61.000 Besucher vorweisen konnte.

In unserer Kultur spiegelt sich auch ein Teil unserer Identität wider, weshalb sie generell gefördert bleiben muss. Gleiches gilt für unsere Traditionen, so wie sie in vielen Vereinen und von tausenden Düsseldorfern bewahrt und übermittlelt werden. Besonders in der heutigen Zeit dient neben unseren Gesetzen auch die heimische Kultur als Leitfaden für Zuwanderer, die in unser Land kommen und sich anpassen müssen. Es ist daher in vielerlei Hinsicht wichtig unsere Kultur nicht nur zu erhalten, sondern auch zu stärken.

- Gaslaternen als Düsseldorfer Kulturgut erhalten

Zum lokalen Kulturgut gehören sicherlich auch die über 14.000 wunderschönen alten Gaslaternen. Ihren Bestand gilt es zu bewahren und sie dürfen nicht dem Modernisierungswahn geopfert werden. Auch sprechen umweltpolitische Gesichtspunkte nicht pauschal dagegen, wenn z.B. eine Reduzierung von sechs auf vier Glühleinheiten vorgenommen wird. Der Gasverbrauch reduziert sich um fast ein Drittel und die Umrüstung wäre finanziell tragbar.

Fast konsequent fehlte es bisher an einer ausreichenden Bürgerbeteiligung. Diese soll offenbar durch die hälftige Übernahme der Kosten ersetzt werden, denn eine Umrüstung wird voraussichtlich mit bis zu 50 Prozent auf Anlieger umgelegt und nur die verbleibende Summe durch Steuern finanziert. Berechnungen der Stadt nach soll eine Umrüstung pro Laterne zwischen 4000 und 5500 Euro kosten. Dem stehen 1250 Euro gegenüber, die eine Erneuerung der Gaslaterne kosten würde. Die Kostenberechnung scheint aber nicht frei vom Fehlern zu sein. So lag der Durchschnittspreis pro Umrüstung in Lohausen bei über 11.600 Euro pro Laterne, weshalb der Steuerzahlerbund bereits erhebliche Zweifel an den Berechnungen der Stadt geäußert hat. Wir Republikaner sind für den Erhalt dieses wertvollen Kulturguts und gegen grelle LED-Lampen.

Es gibt aber Ausgaben, die könnten problemlos reduziert werden. Dies gilt besonders für Projekte, die offensichtlich einer Hofierung des eigenen Klientels dienen. Frei werdende Mitteln könnten dann einem sinnvollem Zweck zugeführt werden, wie z.B. der höheren Bezuschussung des Kunstpalastes.

- ZAKK als Paradebeispiel für Klientelpolitik

Besonders den räumlich links sitzenden Stadtratsmitgliedern wird mein jetzt folgender Einsparungsvorschlag nur wenig Freude bereiten, greift er doch in das Unterhaltungsprogramm ihres Wählerklientels, welches sich gerne umfangreich bespassen lässt.

Als überaus streichungswürdig sehe ich zum Beispiel die Zuschüsse des ZAKKs an, welches wegen seiner angeblich "wertvollen kulturellen Beiträge" einen jährlichen Zuschuss aus dem Kulturhaushalt der Stadt Düsseldorf von rund 954.000 Euro erhält. Dem nach Eigenangaben des ZAKKs dargestellten Jahresumsatz von ca. 2,5 Mio. Euro stehen 21 Personen gegenüber, die sich in hauptamtlichen Voll- und Teilzeitstellen befinden, rund 60 Aushilfs-/Honorarkräfte, Auszubildende und Praktikant/innen.

Man kann also getrost von einem völlig aufgeblähten Personalapparat sprechen, der u.a. erst durch Einsparungen bei den Betriebskosten ermöglicht wird, die wiederum von der Stadt gezahlt werden.

Im ZAKK fühlt sich der linke Gutmensch wohl und ein Blick in den Veranstaltungskalender lässt oftmals schnell erkennen, wohin die Reise geht. Deutlich wird auch die Einseitigkeit des Projekts bei der Vergabe von Räumlichkeiten. So stehen diese nur Personen und Gruppen zur Verfügung, die den ideologischen Erwartungen entsprechen. „So ist dem Internetauftritt des ZAKKs folgende Ausführung zu entnehmen: *Parteien, deren politische Ziele den Zielen des Zentrums entgegenstehen, können keine Räume im ZAKK mieten.* Deshalb bin ich der Meinung, dass eine solche linke Intoleranz keine Förderungen der Stadt erfahren darf.

Wichtige Gelder werden hier verwendet, um sich aktuelle und künftige linksalternative Wählerschichten zu sichern. Kaum ein Projekt steht derart eindeutig für Klientelpolitik. Einen solchen Luxus kann sich Düsseldorf in dieser schwierigen Zeit nicht leisten und sollte es auch erst wieder tun, wenn in keinem relevanten Bereich mehr gespart werden muss und der Mond als Siedlungsgebiet nutzbar ist.

- Projekte gegen Rechts

Wo wir uns schon thematisch in diesem Bereich der Klientelpolitik befinden, passt ergänzend noch folgender Umgestaltungsvorschlag: Ich rege die Streichung aller bezuschussten Projekte an, die sich ausschließlich um Rechtsextremismus kümmern. Eine solche einseitige Begünstigung ist nicht hinnehmbar und stellt aus meiner Sicht eine finanzierte Politik auf den Rücken der Opfer von politisch oder religiös motivierten Taten dar.

Wem wirklich an der Bekämpfung von Extremismus gelegen ist, der wendet sich generell gegen diesen und differenziert nicht nach der jeweiligen Motivation des Täters. Nicht ohne Grund wurde das Gesetz zur Entschädigung von Opfer extremistischer Gewalt vor vielen Jahren dahingehend geändert, dass eben nicht nur Menschen entschädigt werden, die Opfer rechter Gewalt wurden, sondern alle extremistischen Opfer. Dieser Gedanke muss auch verstärkt Einzug in die Düsseldorfer Lokalpolitik erhalten. Die Streichung der besagten Zuschüsse und die Stärkung von Projekten, die sich mit jeder Extremismusform befassen, wären ein geeignetes und deutliches Zeichen.

- Unterbringung und Versorgung von Asylanten / Flüchtlingen

Weitere Kosten lassen sich zweifelsfrei bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen einsparen. Rund 12,5 Millionen für die Unterbringung in Hotels und Apartments sind ein untragbarer Zustand und gegenüber der eigenen notleidenden Bevölkerung nicht vertretbar. Selbst im kältesten Winter wäre eine solche Unterbringungsform nicht bei heimischen Obdachlosen in Betracht gezogen oder gar umgesetzt worden.

Genau so unsinnig sind die völlig überzogenen Verpflegungspauschalen. Wer zum Beispiel in Tragflughallen eine Pauschale von satten 50 Euro pro Tag und Untergebrachten beschließt - auch wenn diese später auf ungefähr die Hälfte reduziert worden sein soll -, der verschleudert nicht nur Steuergelder, sondern vergoldet einigen Wohlfahrtsverbänden die Geschäftskonten.

Gleiches gilt bei dem verschachtelten Kauf der Container, über städtische Töchter. Hierbei handelt es sich um sind richtige Geldvernichtungsmaschinen, die unseren Haushalt auch die nächsten Jahre stark belasten werden. So fallen alleine für die Wohnmodule monatlich 5,7 Millionen Euro Miet-, Neben- und Betriebskosten an.

Die Unterbringungskosten stiegen 2015 unaufhörlich und beliefen sich am Ende des Jahres auf über 41 Millionen Euro. Nun werden im kommenden Jahr fast 59 Millionen Euro für die Unterbringung, Verpflegung und medizinische Versorgung angesetzt, wobei ich mir sicher bin, dass es im kommenden Jahr noch viel kostenintensiver wird. Alleine bei den Wohnmodulen ergibt sich ein Gesamtbetrag von über 60 Millionen für Miet-, Neben und Betriebskosten, ohne jede Berücksichtigung von weiteren Asylbewerberzuteilungen.

Fast gebetsmühlenartig haben wir Republikaner immer wieder auf den riesigen Leerstand von Gewerbeimmobilien verwiesen und einem sinnvollen Umbau, der sicherlich mit weitaus geringeren Beträgen hätte bewerkstelligt werden können.

Insbesondere ließe sich umgewandelt Gewerberaum später wunderbar für die eigene Bevölkerung nutzen, wenn eine Abschiebung von abgelehnten Bewerber erfolgt ist. Vereinzelt umgesetzt wurde die Unterbringungs idee im Sommer, nur dummerweise traf es bereits vermietete Objekte, weshalb sich die bisherigen Mieter neue Wohn- oder Gewerberäume suchen dürfen, so geschehen u.a. auf der Robert-Stolz-Straße.

Gleiches widerfuhr vielen Selbständigen, die städtische Gewerberaum angemietet hatten und gekündigt wurden, damit dort Asylanten und Flüchtlingen einquartiert werden konnten. Das ist natürlich der völlig Unterbringungsgau, wenn die heimische Bevölkerung unter der verfehlten Politik leiden muss und die Bedürfnisse fremder Menschen offenbar priorisiert werden. Für uns Republikaner steht die Belange der eigenen Bevölkerung an erster Stelle.

Weiterhin müssen alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, gemeinsam mit dem Land eine beschleunigte Abschiebung abgelehnter Asylanten herbeizuführen. Legt man das Ergebnis meiner Stadtratsanfrage von vor einem Jahr zu Grunde, wonach zum damaligen Zeitpunkt bereits rund 1/3 aller untergebrachten Asylanten und Flüchtlinge abgelehnt waren, aber nicht abgeschoben und geduldet wurden (oftmals wegen verschiedener Abschiebehindernisse wie abhanden gekommene Pässe, Identitätszweifel und der damit verbundenen erschwerten Feststellung der Herkunft usw.), dann ließen sich die immensen Kosten deutlich reduzieren und würden die angespannte Unterbringungslage entschärfen.

Zudem muss die Stadt gegenüber dem Land NRW sich deutlich positionieren und eine Aufstockung der Pauschalen für die Unterbringung und Versorgung von Asylanten fordern. Es kann nicht sein, dass nur knapp ein Drittel der Kosten bisher vom Land übernommen werden und unsere Stadt den Großteil aller Aufwendungen selber trägt. Im kommenden Jahr werden bereits jetzt Ausgaben von rund 160 Millionen Euro erwartet und aus Sicht der Republikaner werden es ca. 200 Millionen Euro werden. Die Pauschalen des Landes steigen zwar auf 50 Prozent, aber Düsseldorf muss dann immer noch 75 bis 100 Millionen Euro selber finanzieren. Dieser Zustand ist unhaltbar und die Gelder könnten sinnvoller im sozialen Wohnungsbau, Schul- und Kitabereich eingesetzt werden.

Alleine unter Berücksichtigung der dargestellten Faktoren ließe sich problemlos ein wiederholter Griff in die letzten schmelzenden Rücklagen unserer Stadt verhindern. Sie sehen, es geht, wenn es tatsächlich gewollt ist und eine Mehrheit im Stadtrat genug Rückrad hat. Viele Bürger in Düsseldorf würden sicherlich meine Umsetzungsvorschläge begrüßen. Da meine Vorschläge in dem aktuellen Haushaltsentwurf keine Berücksichtigung finden, werde ich ihn ablehnen. Es sind sicherlich einige gute Aspekte und Ansätze bei dem vorliegenden Entwurf vorhanden, jedoch überwiegen die Nachteile noch zu deutlich.

6. Ende der Rede

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und werte Mitarbeiter der Verwaltung. Ich möchte meine Rede zum Haushalt auch dieses Jahr damit beenden und allen Anwesenden, wie auch Ihren Familien, ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest wünschen.

Betrachten Sie diese Tage nicht als Selbstverständlichkeit, denn die zunehmende Aufweichung unserer Traditionen schreitet weiter voran und lässt inzwischen aus St. Martinsumzügen und Weihnachtsmärkten immer öfter sogenannte "Lichter- und Winterfeste" werden. Feiern wir unsere Feste auch zukünftig so wie sie übermittelt wurden, denn heute ist es nötiger denn je.

Ich bedanke für Ihre Aufmerksamkeit